

Rat der Stadt Witten am 14.02.2023

Haushaltsrede der SPD-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren.

Wir leben in einer Zeit, in der die Krisen sich stapeln: Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Preissteigerungen bei Benzin, Gas und Strom, Unsicherheiten in der Energieversorgung sowie Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten. Und all das vor dem Hintergrund des Klimawandels und der dringenden Erfordernisse, unsere Innenstädte attraktiv zu halten, mehr und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Mobilität der Zukunft zu entwickeln.

Immer geht es bei diesen zentralen Fragen auch um den sozialen Zusammenhalt und ein gutes Miteinander. Bürger*innen beobachten mit Sorge, wie Preise und Inflation steigen. Doch auch bei den Städten werden die finanziellen Mittel knapper. Wir alle wissen, die kommunalen Haushalte stoßen an Grenzen, wir werden zusammenrücken müssen.

Mit Recht erwartet aber vor allem die junge Generation auch Antworten auf die Fragen, wie wir in Zukunft leben wollen und wie lebenswerte Städte aussehen.

Es ist inzwischen bekannt, was geschehen muss: In Zeiten der Klimakrise mit zunehmenden Extremwetter-Ereignissen müssen die Städte umgebaut werden. Sonst lebt es sich in Metropolen wie dem Ruhrgebiet künftig, und teilweise jetzt schon, nicht mehr gut. Mehr Grün, mehr Wasser in der Stadt zur Kühlung, weniger versiegelte Flächen: Das sind geeignete Mittel zur Klimafolgenanpassung.

Es gibt also Lösungen, doch sie werden nicht oder nur zögerlich umgesetzt. Dabei müssten doch alle, Verwaltung, Politik, Bürger*innen, an einem Strang ziehen, neue Wege gehen und neue Arbeitsweisen anwenden.

Und wie verhalten sich Bürgermeister und Kämmerer nun aktuell gegenüber diesen Herausforderungen? Welche Impulse setzt der Haushaltsplanentwurf des Jahres 2023 für unsere Stadt? Sind hier die Zukunftsthemen hinreichend abgebildet?

Der Haushaltsplanentwurf des Jahres 2023 ist, formal betrachtet, ein grundsolides Zahlenwerk. Die SPD-Fraktion bedankt sich daher bei der Verwaltung vielmals für den geleisteten Aufwand bei der Erstellung des Planes. Ein besonderer Dank richtet sich an die Mitarbeitenden der Fachbereiche für ihren Einsatz, den wir anerkennen und wertschätzen.

Inhaltlich bleibt der Haushaltsplanentwurf des Jahres 2023 allerdings deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Er ist ein Dokument reinen Verwaltens und begleitenden Moderierens. Innovative und kreative Ansätze sowie Gestaltungswille und Dynamik der Entwurfsverfasser

sind nicht erkennbar. Wir vermissen zudem Inspiration und klare Akzente. Die dringend notwendige Aufbruch-Stimmung in Stadt und Stadtgesellschaft wird so nicht erzeugt.

Positiv hervorzuheben ist, dass Verwaltung und Politik gemeinsam an der Schulentwicklung arbeiten, wie auch am Schulbau und an der Schulsanierung. Möglicherweise lässt sich dieser erfolgreiche Ansatz auch auf andere Bereiche städtischen Handelns übertragen. Luft nach oben besteht beim Klimaschutz und bei der Klimafolgenanpassung sowie bei der Digitalisierung. Auch die Themen Stadtentwicklung und Stadterneuerung müssten sich unseres Erachtens erheblich stärker im Haushaltsplanentwurf, wie auch im Stellenplan 2023, wiederfinden. Darüber hinaus sind die Bereiche Kultur, Jugendhilfe und Soziales vermehrt in das Blickfeld zu rücken.

Die Vision einer lebens- und liebenswerten Stadt Witten muss mit großem Engagement inhaltlich gefüllt werden. Gefragt sind planerische Impulse und Investitionen. Das Ziel muss sein, mehr Grün und mehr Wasser in die Innenstadt zu holen, um sie aufzuwerten. Und dabei darf man nicht nur durch die Kostenbrille schauen. Aufenthaltsqualität bedeutet Lebensqualität. Gepaart mit ansprechenden Erlebnisangeboten können so auch niederschwellige Maßnahmen zur Belebung unserer Innenstadt beitragen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren.

Unser Tun, unsere Arbeit sind relevant für die Zukunft. Erneuerbare Energien, nachhaltige Mobilität und blaugrüner Stadtumbau: Das sind nur einige der Elemente des sozial-ökologischen Umbaus des Reviers, wie auch der Stadt Witten. Wir dürfen nicht vergessen: Auch Attraktivität ist Wertschöpfung. Davon profitieren Unternehmen und die Menschen vor Ort.

Die Haushaltsanträge der SPD-Fraktion zeigen auf, wie wir uns den Weg des sozial-ökologischen Umbaus in Witten in ersten Ansätzen vorstellen können. Dieser Weg berücksichtigt die aktuellen Rahmenbedingungen, wir haben ihn in Kenntnis der finanziellen Situation unserer Stadt verantwortungsbewusst und mit Augenmaß gestaltet. Was wollen wir also?

Zuerst die effiziente Gestaltung des Klimafolgenanpassungskonzeptes.

Witten hat ein Klimafolgenanpassungskonzept. Es beschreibt, wie die Siedlungs- und Freiraumstruktur unserer Stadt auf die zunehmenden Hitze-, Starkregen- und Sturmereignisse eingestellt werden kann. Damit die Vorhaben so schnell wie möglich abgearbeitet werden können, ist der Einsatz einer Fachkraft zur Koordination dringend notwendig. Die Bauverwaltung hat bereits Bundesfördermittel für die Stelle einer Klimaanpassungsmanager*in mit einer Laufzeit von 36 Monaten beantragt. Das reicht jedoch nicht aus. Es ist wichtig, dass unsere Stadt und ihre Bürger*innen so schnell wie möglich den besten Schutz vor weiteren Schäden erhalten. Daher kann die Stadt sich nicht alleine auf die Förderung durch den Bund verlassen, die nach drei Jahren ohnehin ausläuft. Um eine effiziente und kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich sicherzustellen, muss der Stellenplan erweitert werden.

Wir wollen außerdem die Lücke zwischen der Freiraumplanung und ihrer Umsetzung schließen.

Aktuell wird immer wieder deutlich, dass zwischen der Planung von Maßnahmen im Freiraum und ihrer Umsetzung eine große Lücke klafft. Das Personal ist in beiden beteiligten Ämtern knapp und die Zuständigkeiten sind nicht klar geregelt. So entstehen Probleme und Zeitverzug. Besonders gravierend wirkt sich das im Bereich der freiraumplanerischen Objektplanung aus, zumal die hier betroffene Freiraum- und Grünflächengestaltung in den Städten immer wichtiger geworden ist.

Die mangelnde Zugkraft bei der attraktiven sowie klima- und umweltgerechten Gestaltung des öffentlichen Raumes in Witten hat sich hier und da leider schon im Stadtbild niederschlagen. Erforderliche Veränderungen wie die schon oft beantragte Begrünung von Plätzen in der Innenstadt bleiben aus. Und Planungsfehler bei Baumaßnahmen werden mitunter spät oder auch gar nicht bemerkt, weil die Unterlagen in der nächsten Station der Bearbeitungskette lange liegen bleiben.

Wir fordern, dass die aufgezeigte Bearbeitungslücke zwischen der Freiraumobjektplanung und ihrer Umsetzung durch einen zusätzlichen Personaleinsatz geschlossen wird. Das dafür ausgegebene Geld ist gut investiert. Es kommt der Lebensqualität in unserer Stadt und damit mittelbar auch ihrer Wirtschaftskraft zugute.

Unser Ziel ist es auch, der Innenstadt durch Bildungseinrichtungen neue Impulse zu geben.

Dort ist der Einfluss der Universität durch die Belebung des Wiesenviertels und durch das Unikat bereits spürbar. Wenn es gelingt, die Hochschule als Institution z.B. mit Hörsälen und Seminarräumen an zentralen Stellen in der Innenstadt anzusiedeln, wäre das ein wichtiger Impuls für das innenstädtische Leben.

Besonders interessant könnten auch Hochschul-Niederlassungen sein, die im Zusammenhang mit den beiden wichtigen Fakultäten für Medizin und Zahnmedizin stehen. Solche „Zugpferde“ können viele Menschen in die Stadt ziehen, wovon gleichermaßen die Geschäfte und die Gastronomie profitieren. Zudem könnte auch die Ansiedlung von anderen Bildungs- oder Gesundheitseinrichtungen die gewünschten Effekte erzielen oder ergänzen.

Eine intensive Netzwerkarbeit und Veranstaltungen, die relevante Akteure zusammenbringen, sind wesentlich für den Erfolg der geplanten Maßnahme. Wir wollen, dass die Chancen, die auf den skizzierten Feldern liegen, ausgelotet werden. Mit einer halben Stelle mehr können wir das schaffen. Ohne diese Maßnahme wird das jedoch nicht gelingen.

Wir fordern zudem die Erhöhung des jährlichen Zuschusses an das Kulturforum.

Im Wirtschaftsplan 2023 rechnet das Kulturforum mit einem Verlust von fast 7.129.000 Euro. Ein solches Minus soll der städtische Zuschuss grundsätzlich auffangen, doch trotz Pandemie-Zuschlag bleibt aktuell ein nicht gedeckter Verlust in Höhe von 870.000 Euro.

Wir wollen diese Lücke um weitere 200.000 Euro verringern. Damit wollen wir mehr Veranstaltungen ermöglichen, da die Kultur einer Stadt ein wichtiger Standortfaktor im Wettbewerb

um Einwohner*innen und um die Niederlassung von Unternehmen ist. Das Wittener Kulturforum beweist, wie ein breites kulturelles (Bildungs-) Angebot und eine lebendige Kultur wesentlich zur Attraktivität einer Stadt beitragen können. Aus diesem Grund soll die Erhöhung des jährlichen Zuschusses dem Kulturforum wenigstens etwas mehr Luft verschaffen und ein deutliches Zeichen der Wertschätzung senden.

Selbstverständlich kann dies nur eine von mehreren, noch zu prüfenden Maßnahmen sein, um das Wittener Kulturforum langfristig finanziell abzusichern.

In der Jugendhilfe setzen wir uns für einen Ganzjahresbetrieb am Imberg ein.

Die Kletteranlage und der Außentreffpunkt im Steinbruch Imberg sind für die Stadt Witten ein einzigartiger Veranstaltungsort. Mit dem Kletterfelsen, dem Hochseil-/Niedrigseilgarten, den Mountainbikestrecken, der Streetball-Anlage und der Seilhangrutsche hält das Gelände ein herausragendes Angebot bereit. Der Außentreffpunkt ist bisher von April bis Oktober mit einer pädagogischen Fachkraft besetzt. Daneben gibt es die Kletterangebote.

Nach der schwierigen Zeit der Pandemie erfreut sich der Imberg bei seiner Zielgruppe einer immer größeren Beliebtheit. Diesem gestiegenen Bedarf wollen wir mit einer Ausweitung des Angebotes Rechnung tragen. Das muss uns unsere Jugend wert sein, die in der Pandemie auf so vieles verzichtet hat. Nötig für den Ganzjahresbetrieb ist dann eine zusätzliche Fachkraft.

Auf dem Grundstück des Steinbruchs befindet sich außerdem ein Gebäude, das möglicherweise geeignet wäre, ein ganzjähriges Angebot am Imberg zu gewährleisten. Es bietet sich an, es für diesen Zweck zu überprüfen.

Wir möchten ferner qualifiziertes Personal für die Jugendförderung gewinnen.

Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft. In sie müssen wir investieren. Doch die Folgen der Pandemie sind heute in allen Systemen der Sozialen Arbeit zu spüren. Es herrscht Fachkräftemangel bei der Jugendförderung. Aus diesem Grund empfiehlt es sich für die Stadt Witten, früh um geeignete Kräfte zu werben.

Wir möchten konkret, dass sie weitere Interessierte für den dualen Studiengang der Sozialen Arbeit anspricht. Die Einstellung einer solchen Kraft, die alle Bereiche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von Studienbeginn an in der Praxis kennenlernt, soll zum nächsten Wintersemester erneut erfolgen. Wenn nach Abschluss des Studiums dann noch eine vertragliche Verpflichtung gelingt, kann die Stadt das als großen Erfolg im Kampf gegen den Fachkräftemangel verbuchen.

Abschließend schlagen wir noch einen Verzicht auf die Hundesteuer für Vierbeiner aus dem Tierheim vor.

Die Inflation macht auch vor dem Hundefutter und vor den Tierarztkosten nicht Halt. Um auch Haushalten mit geringerem Einkommen die Anschaffung und Haltung eines Hundes zu ermöglichen, wollen wir bei der Hundesteuer in bestimmten Fällen für eine kleine finanzielle Entlastung sorgen: Alle, die ihren Vierbeiner aus dem Tierheim oder aus einer anderen Wittener Tierschutzorganisation aufgenommen haben, sollen daher künftig nach einem Jahr des

Zusammenlebens keine Hundesteuer mehr zahlen müssen. Damit können wir auch die Auffangstationen entlasten und es steigen die Vermittlungschancen für die Hunde, die dort gestrandet sind. Immer mehr Städte verzichten inzwischen auf die Steuern für Tierheimhunde.

Da nach den Erfahrungen dieser Städte auch in Witten kein Massenansturm auf das Tierheim oder die anderen Wittener Tierschutzorganisationen zu erwarten ist, dürfte durch die Umsetzung unseres Vorschlags kein großer Anteil am Gesamtaufkommen der Hundesteuer wegbrechen. Mit Blick auf die begünstigten Haushalte und die besseren Vermittlungschancen für die Tiere überwiegen die sozialen Vorteile deutlich den eher geringen Einnahmeverlust für die Stadt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Was bedeutet das zuvor Gesagte nun für das Abstimmungsverhalten der SPD-Fraktion:

Wir werden dem Haushaltsplanentwurf und dem Stellenplan 2023 nur dann zustimmen können, wenn zentrale Forderungen aus unseren Anträgen aufgegriffen werden. Wir müssen jetzt, und nicht irgendwann später, die ersten Schritte auf dem Weg des sozial-ökologischen Umbaus in Witten gehen. Dies zum Wohl der Stadt und der hier lebenden Menschen. Sollten Rat und Verwaltung diesen Weg nicht einschlagen, wird die SPD-Fraktion sowohl den Haushaltsplanentwurf als auch den Stellenplan 2023 ablehnen. Mit Blick auf die zahlreichen Krisen und Probleme, die bewältigt werden müssen, können wir es nicht verantworten, einen Stillstand mitzutragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

gez.
Dr. Uwe Rath